

HauptA Amt

Sitzung vom 29.04.2019

Seite 1

in Lütjenburg, Neverstorfer Str. 7,
Amtsgebäude, Sitzungszimmer

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 2 bis 7
Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse.

Beginn: 16.30 Uhr

Ende: 17.52 Uhr

(Unterschriften)

Anwesend:

Gesetzl. Mitgliederzahl: 7

a) stimmberechtigt:

1. BM Andreas Köpke (als Vorsitzender)	13.
2. BM Roland Feichtner	14.
3. BM Peter Manzke	15.
4. SV Thorsten Först	16.
5. GV Hauke Stenzel	17.
6. GV Hans-Werner Voß	18.
7.	19.
8.	b) nicht stimmberechtigt
9.	1. BMin Fink und Ford, BM Krumbeck, Kruse, Nagel und Sohn, SV Evers und Klaus, GV Holger Schöning und GVin Wiergowski
10.	2. Amtsvorsteher Schütte-Felsche
11.	3. Herren Oellermann, Less, Amt Lütjenburg
	4 Herr Wannhoff, Frau Götttsche, Personalrat
	5. Frau Plöger, Gleichstellungsbeauftragte
	6. keine Zuhörer/innen

Es fehlten:

a) entschuldigt:	b) unentschuldigt:
1. BM Bertram Graf von Brockdorff	1.
2.	2.

Die Mitglieder des Hauptausschusses waren durch Einladung vom 17.04.2019 auf Montag, den 29.04.2019 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen.

Zeit, Ort und Stunde sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekanntgegeben.

Der Vorsitzende stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die Einberufung Einwendungen nicht erhoben wurden.

Der Hauptausschuss war - nach Zahl der erschienenen Mitglieder - beschlussfähig.

Tagesordnung:

1. Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten
2. Einwohnerfragestunde
3. Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.01.2019
4. Amtsverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen der Gemeinde Behrendorf (Parkgebührenordnung)
5. Einführung eines Ratsinformationssystems
6. Aufgabenerfüllung für die Stadt Lütjenburg - Sachstandsbericht
7. Vergabe der Fäkalschlambeseitigung im Amtsbereich
8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen des Amtes Lütjenburg, 7. Nachtrag
9. Grundsatzbeschluss Betrieb DMS beim Kreis
10. Antrag eines Stadtvertreters auf Versendung der Niederschriften des Amtes
11. Verschiedenes

Der nachfolgende Tagesordnungspunkt wird nach Maßgabe der Beschlussfassung durch den Hauptausschuss voraussichtlich nicht öffentlich beraten

12. Grundstücksangelegenheiten -Verkauf des Grundstückes in Hassberg
13. Antrag auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Ordnungsamt

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwendungen erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

Bürgermeister Sohn beantragt, den im nicht öffentlichen Teil geplanten TOP 13 Antrag auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Ordnungsamt im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

- 6 dafür -

Die Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend, so dass der bisherige TOP 13 TOP 11 wird.

**Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.
Zu dem Punkt 13 war die Öffentlichkeit ausgeschlossen.**

1. Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Der Hauptausschuss beschließt, dass der Tagesordnungspunkt 13 Grundstücksangelegenheiten in nicht öffentlicher Sitzung beraten wird.

- 6 dafür -

2. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

3. Anerkennung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.01.2019

Die Niederschrift über die Sitzung vom 14.01.2019 wird anerkannt.

- 6 dafür -

4. Amtsverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen der Gemeinde Behrendorf (Parkgebührenordnung)

Hierzu sind eine Beschlussvorlage und die Parkgebührenverordnung als Vorlagen zugegangen. Bürgermeister Krumbeck erläutert kurz den Sachverhalt.

Der Hauptausschuss nimmt nach § 55 Abs. 3 LVwG von dem Erlass der vorliegenden Amtsordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen der Gemeinde Behrendorf Kenntnis.

- 6 dafür -

5. Einführung eines Ratsinformationssystems

Hierzu ist eine Vorlage zugegangen. Amtsvorsteher Schütte-Felsche erläutert ausführlich den Sachverhalt und verweist auf die Präsentation der Software Allris CC e-gov am 18.04.2019, die gemeinsam mit den Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern der Stadt Lütjenburg und den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen stattgefunden hat. Er teilt mit, dass heute ein Grundsatzbeschluss gefasst werden kann; die Details werden zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt.

Dem Amtsausschuss wird empfohlen, ein Ratsinformationssystem einzuführen.

- 6 dafür -

6. Aufgabenerfüllung für die Stadt Lütjenburg - Sachstandsbericht

Amtsvorsteher Schütte-Felsche teilt mit, dass am 20.02.2019 eine Besprechung zwischen Bürgermeister Sohn, dem LVB Herrn Oellermann und ihm selbst stattgefunden hat. Es wurde über diverse Aufgaben gesprochen, die für die Stadt von einem eigenem Mitarbeiter/eine eigene Mitarbeiterin erfüllt werden sollen.

Bürgermeister Sohn ist nunmehr gefordert, die Aufgaben exakt zu definieren, damit eine weitere Beratung und Beschlussfassung stattfinden kann.

Der Hauptausschuss nimmt davon Kenntnis.

7. Vergabe der Fäkalschlambeseitigung im Amtsbereich

Hierzu ist eine Vorlage zugegangen. Herr Oellermann trägt das Ergebnis der Ausschreibung vor und teilt mit, dass die Kosten erheblich gestiegen sind, da auch für die Anbieter die Preisentwicklung für die Entsorgung des Fäkalschlammes schwierig einzuschätzen ist.

Dem Amtsausschuss wird empfohlen, einen Vertrag mit der einzigen Bieterin, Firma Remondis, über die Beseitigung von Fäkalschlamm im Amt Lütjenburg über eine Laufzeit von 4 Jahren abzuschließen.

- 5 dafür, 1 Enthaltung -

8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen des Amtes Lütjenburg, 7. Nachtrag

Hierzu sind eine Vorlage und der Satzungsentwurf als Vorlagen zugegangen.

Dem Amtsausschuss wird empfohlen, die Satzung zur Änderung der Satzung über die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen des Amtes Lütjenburg, 7. Nachtrag, zu beschließen.

- 5 dafür, 1 Enthaltung -

9. Grundsatzbeschluss Betrieb DMS beim Kreis

Hierzu ist eine Vorlage zugegangen. Amtsvorsteher Schütte-Felsche teilt mit, dass der Kreis Plön den Verwaltungen des Kreises anbieten möchte, das Dokumentmanagementsystem des Kreises mit eigenem Personal zu nutzen. Es ist vorgesehen, dass das Personal der IT Abteilung des Kreises entsprechend aufgestockt wird. Voraussetzung ist jedoch, dass die Verwaltungen des Kreises sich verpflichten, die IT des Kreises zu nutzen. Dieser Aufforderung sind die Verwaltungen des Kreises bislang noch nicht ausreichend nachgekommen, so dass eine weitere Beratung im nächsten Hauptausschuss des Kreises erfolgen wird.

Sodann erläutert er die Vorlage des Amtes. Danach ist eine sichere Datenverbindung zwischen der Kreisverwaltung und dem Amtsgebäude erforderlich. Weiterhin ist ein zweiter Hausanschluss für die Gewährleistung der Arbeit bei einem möglichen Ausfall erforderlich.

In der Aussprache wird festgestellt, dass die Kosten für die Datenleitungen sehr hoch sind. Bürgermeister Sohn bittet darum, dass die Belange der Stadt Lütjenburg entsprechend berücksichtigt werden und ein Glasfaseranschluss genutzt wird, der bereits in der Oberstraße liegt. Die Redundanz könnte auch über die Stadtverwaltung erfolgen.

Herr Evers schlägt vor, dass die Einführung des Ratsinformationssystems und eines Dokumentmanagementsystems als ein Paket von einem Anbieter eingeführt wird. Des Weiteren regt er an, dass die beiden Verfahren im Hause selbst betrieben werden. Er regt an, die Verwaltung zu beauftragen, die Kosten zu ermitteln, die bei einem Eigenbetrieb entstehen.

Über die Anregungen und Vorschläge erfolgt eine Aussprache. Die Aussprache ergibt, dass beide Lösungen (Betrieb des Servers im Amt und Nutzung des Servers bei der Kreisverwaltung) verglichen werden und Kosten eingeholt werden. Außerdem soll die Stadt entsprechend eingebunden werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für beide Varianten zu ermitteln und eine Kostengegenüberstellung zu fertigen.

- 6 dafür -

10. Antrag eines Stadtvertreters auf Versendung der Niederschriften des Amtes

Hierzu ist eine Vorlage zugegangen. Es wird festgestellt, dass die Protokolle des Amtes unmittelbar nach Fertigstellung der Niederschrift auf der Homepage des Amtes zur Verfügung gestellt werden. Außerdem wird durch die Einführung des Ratsinformationssystems gewährleistet, dass die Bürger schnell informiert werden.

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag des Stadtvertreters auf Versendung der Protokolle des Amt-, Haupt-, und Finanzausschusses ab.

- 6 dafür -

11. Antrag auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle im Ordnungsamt

Hierzu ist der Antrag als Vorlage zugegangen. Amtsvorsteher Schütte-Felsche verweist auf den vorliegenden Antrag des Amtsleiters des Ordnungsamtes auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle und erläutert die Notwendigkeit. Diese wurde in einem Gespräch zwischen dem Leiter des Ordnungsamtes, dem leitenden Verwaltungsbeamten, dem Personalrat, der Gleichstellungsbeauftragten und dem Amtsleiter des Ordnungsamtes ausführlich erörtert. Herr Oellermann ergänzt die Ausführungen hinsichtlich der gestiegenen Zahl der Fälle.

Bürgermeister Sohn spricht sich grundsätzlich für die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle aus, sieht diese jedoch aber in einem gemeinsamen Konsens mit den Aufgaben, die zwischen Stadt und Amt zu erledigen sind. Er regt daher an, dass die Stelle erst besetzt wird, sofern Einvernehmen zwischen Stadt und Amt über die Zusammenarbeit erfolgt ist.

Bürgermeister Feichtner verweist auf die Personalsituation vergleichbarer Ämter in Schleswig-Holstein und regt an, dass nicht nur eine, sondern 2 Stellen zusätzlich eingerichtet werden.

Die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Plöger, und der Personalratsvorsitzende, Herr Wannhoff, unterstützen den Antrag des Leiters des Ordnungsamtes auf Einrichtung mindestens einer zusätzlichen Stelle.

Dem Amtsausschuss wird empfohlen, für die Sachbearbeitung im Ordnungsamt eine zusätzliche Stelle einzurichten, dabei ist die künftige Konstellation der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Amt zu berücksichtigen.

- 6 dafür -

11. Verschiedenes

Amtsvorsteher Schütte-Felsche trägt vor, dass die Nachfolgerin des leitenden Verwaltungsbeamten, Frau Gesa Timmermann, ihren Dienst am 01.07.2019 antreten wird.

Er teilt mit, dass im Jahr 2020 die Ersatzbeschaffung des Dienstfahrzeuges des Amtes (Ford Kombi) erforderlich ist.

Er trägt vor, dass es keine gemeinsame Stellungnahme der Gemeinden zum Landesentwicklungsplan gibt. Es wurden in den Gemeindevertretungen diverse Varianten beschlossen. Er weist darauf hin, dass die Gemeinden über die Amtsverwaltung diese direkt im Portal des Landes einzustellen haben.

Er teilt mit, dass die Kiel-Region mitgeteilt hat, dass die Möglichkeit einer Förderung des Fußverkehrs besteht.

Die Öffentlichkeit wird ausgeschlossen. Fortsetzung der Niederschrift auf gesondertem Blatt.

Protokollführer: